

**Stellungnahme der Österreichischen Universitätenkonferenz
zum ExpertInnenbericht
*LehrerInnenbildung Neu. Die Zukunft der pädagogischen Berufe***

Wien, am 14. Juli 2010

Die Österreichische Universitätenkonferenz (uniko) begrüßt die umfassende Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Bildung für pädagogische Berufe in Österreich. Dieses Thema muss mit besonderer Sorgfalt unter Berücksichtigung aller Teilbereiche behandelt werden und bedarf einer eingehenden Konsultation durch Involvierung aller betroffenen Stakeholder. Der Endbericht der ExpertInnengruppe sollte als Teil eines Gesamtkonzeptes, das auch Fragen eines künftigen Dienstrechtsmodells, der Zukunft des schulischen Fächerkanons sowie der Schulorganisation betrifft, gesehen und unter diesem Gesichtspunkt diskutiert werden.

Anmerkungen zum ExpertInnenbericht

Der vorliegende Bericht stellt eine geeignete Diskussionsgrundlage zur Gestaltung der LehrerInnenbildung Neu dar, jedoch sind einige Punkte kritisch zu hinterfragen bzw. bedürfen noch konkreter Ausformulierung. Die Anmerkungen der uniko fokussieren auf LehrerInnen der Sekundarstufe, im Besonderen auf die Phasen der Grundbildung und der Induktion, wobei an dieser Stelle in erster Linie auf grundlegende strukturelle Punkte eingegangen wird:

1. „Vier Säulen Modell“

Die Österreichische Universitätenkonferenz unterstreicht die Wichtigkeit des „Vier Säulen Modells“, das eine Vernetzung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, pädagogischen und schulpraktischen Kompetenzen darstellt. Das Zusammenspiel dieser vier Kompetenzen ist für eine zeitgemäße LehrerInnenausbildung unabdingbar; bei der Entwicklung der Curricula ist sicherzustellen, dass die „vier Säulen“ auf Bachelor- und Masterebene im Hinblick auf die Studienziele in einem ausgewogenen Verhältnis repräsentiert sind. Die Universitätenkonferenz betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit einer fundierten fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Qualifizierung der künftigen LehrerInnen.

2. Masterabschluss für alle SekundarstufenlehrerInnen

Die uniko begrüßt grundsätzlich das im ExpertInnenbericht vorgeschlagene „Drei Phasen-Modell“ und die darin vorgesehene Möglichkeit, im Wege eines „Turnus“ mit dem

Bachelorabschluss eine Karriere als LehrerIn beginnen zu können. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass aus Sicht der uniko

- alle LehrerInnen der Sekundarstufe, die Fachunterricht erteilen, über einen Master-Abschluss verfügen müssen;
- gemäß dem Positionspapier der Österreichischen Universitätenkonferenz vom 16. Juni 2008 die Ausbildung aller LehrerInnen für die gesamte Sekundarstufe von den Universitäten verantwortet werden soll. Dies bedeutet in Weiterführung der Überlegungen der ExpertInnengruppe eine neue Arbeitsteilung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen: die „Grundbildung“ (Bachelorstufe) für alle künftigen LehrerInnen der Sekundarstufen I und II würde zu den Aufgaben der Universitäten gehören, die „Induktionsphase“ (Masterstufe) wäre als gemeinsames Studienprogramm („Joint Degree“) von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen neu zu entwickeln und zu realisieren. Durch diese Strukturierung der LehrerInnenbildung für die Sekundarstufe ließen sich die derzeitige Doppelung der Ausbildung für die Sekundarstufe I überwinden, die fach(wissenschaft)liche Qualifikation aller LehrerInnen der Sekundarstufe(n) auf einem hohen Niveau und eine berufsbiographisch flexiblere Einsetzbarkeit der AbsolventInnen erreichen;
- die im ExpertInnenpapier angesprochene „Funktionsdifferenzierung“ zu präzisieren ist, vor allem im Hinblick auf „AssistenzlehrerInnen“ sowie mögliche andere Funktionen, für die das bm:ukk offenbar eine Bachelorqualifikation als ausreichend ansieht. Die Österreichische Universitätenkonferenz warnt davor, dass der prognostizierte LehrerInnenmangel eine politische Entscheidung auslösen könnte, die den BA-Abschluss für das Unterrichten an einer Schule als ausreichend definiert. Diese Entwicklung wird vehement abgelehnt.

3. „Berufsbegleitetes“ statt „berufsbegleitendem“ Masterstudium (Induktionsphase)

Aus der Sicht der uniko ist festzuhalten, dass für LehrerInnen der Sekundarstufe im Zusammenhang mit der Forderung nach einem verpflichtenden Masterabschluss die Induktionsphase und das vorgesehene berufsbegleitende Masterstudium anders als im ExpertInnenpapier vorgesehen zu konzipieren ist:

Unter Beibehaltung der Vorstellung, dass diese zweite Ausbildungsphase parallel zu einer beginnenden Tätigkeit der Junglehrenden an der Schule zu absolvieren ist, spricht sich die uniko für ein drei- bis viersemestriges Masterstudium mit integriertem Turnus anstelle eines Turnus mit begleitendem Masterstudium aus („berufsbegleitetes Masterstudium“ statt „berufsbegleitendem Masterstudium“), damit die vorgesehene praxisbezogene Theorievertiefung in Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Pädagogik und Unterrichtspraxis auch tatsächlich verwirklicht werden kann.

4. Unterrichtsfächer und Studienumfang

Die uniko geht von der Annahme aus, dass auch in Zukunft für LehrerInnen der Sekundarstufe eine Qualifikation in zwei Unterrichtsfächern die Regel sein wird – dies bedeutet, dass im Sinne der im ExpertInnenpapier angeführten Aufrechterhaltung der Ausbildungsqualität das Bachelorstudium einen Umfang von 240 ECTS-Punkten und das Masterstudium (mit integriertem Turnus) einen Umfang von 90 bis 120 ECTS-

Punkten aufweisen müssen. Darüber hinaus sollte es auch die Möglichkeit geben, im Rahmen eines Bachelorstudiums im Umfang von 180 ECTS-Punkten in Kombination mit dem o.a. Masterstudium die Unterrichtsqualifikation für 1 Unterrichtsfach zu erwerben – diese Option wird vermutlich eher die Ausnahme sein, sollte aber auch ermöglicht werden.

Die Österreichische Universitätenkonferenz spricht sich grundsätzlich für die Kombinationsfreiheit von zwei Unterrichtsfächern aus. Um Verzögerungen im Studium zu vermeiden, sollen Kombinationsmöglichkeiten von den Universitäten eigens kommuniziert und angeboten werden.

5. Clusterstruktur und Kooperation Universitäten – Pädagogische Hochschulen

Die im Papier vorgeschlagene Cluster-Struktur bedarf noch eingehender Diskussion und kann in dieser Form von der Österreichischen Universitätenkonferenz nicht akzeptiert werden. Standortspezifische und stärkenspezifische Untersuchungen sind vonnöten, auf deren Basis ein österreichweites „Gesamtversorgungskonzept“ erstellt und eine österreichweite Zusammenarbeit etabliert werden kann.

Die Aufgabenverteilung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen wird im ExpertInnenbericht nicht geklärt und bedarf noch weiterer Diskussion. Es geht aus dem Bericht nicht hervor, wie die zukünftige Kooperation organisatorisch, strukturell und inhaltlich aussehen soll.

6. Finanzierung

Im Zusammenhang mit den Punkten 2 bis 4 ist von einer teilweisen Neuverteilung der Aufgaben der Bildung von LehrerInnen für die Sekundarstufe(n) auf Universitäten und Pädagogische Hochschulen auszugehen – damit ist von einem erhöhten finanziellen Bedarf der Universitäten auszugehen, der abzudecken ist.

7. Berücksichtigung besonderer (Aus)Bildungsbedürfnisse

Der Österreichischen Universitätenkonferenz ist es ein Anliegen, dass alle in die Lehramtsausbildung involvierten Stakeholder in die Diskussion eingebunden werden. In Zukunft müssen verstärkt auch die Technischen Universitäten und die Kunstuniversitäten, wo ebenfalls LehrerInnenbildung stattfindet, berücksichtigt werden. Für das weitere Vorgehen ist es wichtig, dass alle Typen von Universitäten in den Diskurs eingebunden werden und die Möglichkeit bekommen, ihre Standpunkte klar darzulegen.

Die Österreichische Universitätenkonferenz sieht der weiteren Diskussion mit Interesse entgegen und wird sich auch in Zukunft intensiv mit den Fragen der LehrerInnenbildung NEU auseinandersetzen.